

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
169 · Ausgabe AG · April 2017



STÄRKUNG STATT ABSCHAFFUNG

Im Jahr 2000 veranstaltete die SVP einen Sonderparteitag zu den Sozialwerken, an dem sie vollmundig die «Privatisierung von Sozialversicherungen» und den «Übergang zur freiwilligen Vorsorge» forderte. Nichts weniger also als die Abschaffung der AHV. Dass wir heute, nach 17 Jahren neoliberalen Dauerbashing gegen das wichtigste Sozialwerk der Schweiz, kurz vor der ersten Rentenerhöhung seit 20 Jahren stehen, grenzt an ein kleines Wunder. Klar, die Vorlage zur Altersvorsorge 2020 ist kein lupenrein sozialistisches Projekt. Es ist ein Kompromiss, der im Parlament gerade noch tragfähig war. Politisch aber ist es ein ideologischer Dammbreach: Erstmals anerkennt Bundesrat und Parlament die Überlegenheit des Umlageverfahrens (AHV) gegenüber der individuellen Vorsorge über den Finanzmarkt (2. und 3. Säule). Der saure Apfel bleibt das Rentenalter 65 für Frauen. Nur, wer glaubt, aus diesem Parlament käme auf absehbare Zeit etwas Besseres, der oder die irrt. Ein Nein an der Urne wäre ein Signal für Rentenkürzungen, Rentenalter 67 und tiefere Pensionskassenrenten ohne Ausgleich. Das jetzige Projekt bringt genug Verbesserungen gerade für Frauen und Junge, dass es ein tragfähiger Schritt in die richtige Richtung ist. Die Reform ist der Sarg-

nagel für die neoliberalen Abbauträume. Diese Chance sollten wir packen.

Cédric Wermuth ist
SP-Nationalrat und
Co-Präsident der
SP Aargau.



Jürg Knuchel von
Aarau ist Arzt und
SP-Grossrat.

Die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen verläuft dramatisch. Kostensteigerungen von 4 bis 5 Prozent pro Jahr sind längst zur Normalität geworden. Nebst der Altersstruktur unserer Gesellschaft und dem medizinischen Fortschritt stellt das Überangebot an teuren medizinischen Dienstleistungen in einem freien, durch unsere Sozialversicherungen finanzierten Markt den mit Abstand wichtigsten Kostentreiber dar. Das wird von der bürgerlichen, unablässig nach Deregulierung und Privatisierung schreienden Politik bewusst in Kauf genommen.

Entsprechend dramatisch sind die Krankenkassenprämien in die Höhe geschneit und stellen für immer mehr Personen eine existentielle Belastung dar. Dabei sind nicht nur Familien mit Kindern

und Einzelpersonen am Rand des Existenzminimums betroffen, sondern in zunehmendem Mass auch mittelständische Menschen.

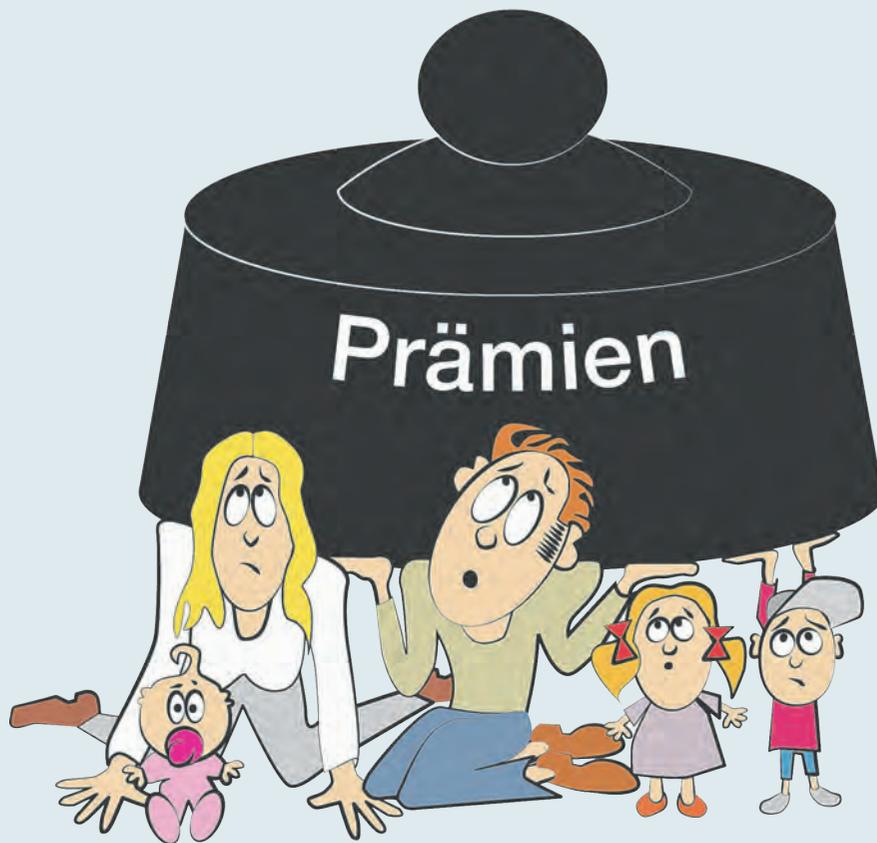
Zur Abfederung der völlig asozialen Kopfprämien garantiert der Staat der einkommensschwächeren Bevölkerung eine von Bund und Kantonen gemeinsam getragene individuelle Prämienverbilligung. Diese Prämienverbilligung vermochte mit der geschilderten Kostenentwicklung aber nicht Schritt zu halten. Während sich die Krankenkassenprämien in den letzten zwanzig Jahren rund verdoppelt haben, sind die Prämienverbilligungen im gleichen Zeitraum nur um rund 35 Prozent gestiegen.

Bei fix an die Prämien gekoppelten Bundesbeiträgen ist diese negative Entwicklung auf die stete Abnahme des Kantonsanteils zurückzuführen, welcher in zunehmendem Mass den kantonalen Sporbemühungen zum Opfer gefallen ist. Der Kreis der Anspruchsberechtigten in unserem Kanton wurde laufend eingeschränkt. Dies führt zu einer übermässigen Belastung finanzschwächerer Haushalte und ist sozialpolitisch inakzeptabel!

Die von der SP eingereichte Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle» fordert darum, dass alle Haushalte mit einer Prämienbelastung von mehr als 10 Prozent ihres Einkommens in den Genuss einer Prämienverbilligung kommen müssen. Die Berechnung hat sich nach der tatsächlichen Prämienentwicklung und nicht nach einer willkürlich festgelegten «Richtprämie» zu richten. Zudem soll der Kantonsbeitrag der finanzpolitischen Willkür entzogen und fix an den Bundesbeitrag, der sich an der effektiven Kostenentwicklung orientiert, gekoppelt werden.

Die Vorgaben des Krankenversicherungsgesetzes müssen endlich ernst genommen und dürfen nicht auf dem Altar einer restriktiven Finanzpolitik geopfert werden. Alles andere führt zu sozialpolitischer Willkür und ist inakzeptabel. Wir fordern endlich eine gerechte Krankenkassenfinanzierung für alle statt für wenige!

**Aktionstage der SP Aargau
zur Krankenkasseninitiative:
22. April und 13. Mai 2017**



Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle!

KOMMENTAR



Filz oder Ethik bei der Atomaufsicht?

Ist die Schweiz zu klein, um ethische Normen durchsetzen, ja, überhaupt anstreben zu können? Man muss das annehmen, wenn man die bundesrätliche Antwort auf die Interpellation der Schaffhauser Agronomin und SP-Nationalrätin Martina Munz vom 28. September 2016 «Filz oder Ethik bei PR-Aufträgen durch die Atomaufsicht?» liest. Martina Munz und mit ihr 19 Mitunterzeichnende aus SP, Grünen und Grünliberalen hatten sich daran gestossen, dass die PR-Agentur Hirzel.Neef.Schmid.Konsultanten offenbar gleichzeitig Mandate des Ensi hatten wie auch von der vom Ensi beaufsichtigten Nagra, von Axpo und Alpiq sowie von Bundesstellen wie UVEK und dem Bundesamt für Energie, «von denen das Ensi angeblich «unabhängig» ist». Entspricht dies «den Gouvernanzregeln des GS-UVEK und der Interpretation von Ethik, Glaubwürdigkeit und Professionalität des Bundesrates?» Und «Wie lange schaut der Bundesrat noch untätig zu, wenn das Ensi den öffentlichen Eindruck von Filz verstärkt?»

Bei der angesprochenen PR-Firma handelt es sich um «die Dinosaurier der PR-Branche», wie der «Tages-Anzeiger» am 19. März 2016 einen Artikel¹ über die Altherrenagentur übertitelte. Dass die «Dinosaurier» auch vor dem denunziatorischen Zweihänder nicht zurückschrecken, zeigte sich in der Verleumdungsaffäre gegen den Atommüllentsorgungsspezialisten Marcos Buser².

Der Bundesrat antwortete unter anderem: «Die Unabhängigkeit des Ensi ist nicht beeinträchtigt, wenn das Ensi Geschäftsbeziehungen mit externen Dienstleistern unterhält, die gleichzeitig für politische Behörden oder andere Institutionen mit Bezug zur nuklearen Sicherheitsaufsicht tätig sind. Angesichts des kleinen Schweizer Marktes ist mit einer solchen Konstellation zu rechnen.»

Martina Munz war von der Antwort nur teilweise befriedigt.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag

¹ <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Die-Dinosaurier-der-PRBranche/story/26915225>

² <http://www.infosperber.ch/Artikel/Politik/AKW-Nagra-Ensi-BFE>

ABSTIMMUNG

Zeit zur Wende, jetzt!

BERTRAND PICCARD GELANG VERGANGENES JAHR DIE WELTUMRUNDUNG IM SOLARFLIEGER. IM ZÜRCHERISCHEN BRÜTTEN WURDE IM GLEICHEN JAHR DAS ERSTE ENERGIEAUTARKE MEHRFAMILIENHAUS OHNE FREMDENERGIE BEZOGEN. KEIN STROMANSCHLUSS ZUM HAUS, KEINE GASLEITUNG, KEIN ÖLTANK -, UND ES FUNKTIONIERT. GENAUSO WIE DIE SOLARUHR, DIE ICH SEIT JAHREN AM HANDGELENK TRAGE. EINE NEUE ENERGIEZUKUNFT HAT BEGONNEN.

Der Energiepolitiker Max Chopard-Acklin von Nussbaumen-Obersiggenthal war von 2009 bis 2015 SP-Nationalrat und ist heute SP-Grossrat.



Es ist Zeit zur Wende: Weg von der Ausbeutung endlicher und mit hohen Umweltrisiken verbundener Energien wie Uran und Öl, hin zu mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien wie Wasser, Sonne, Wind und Biomasse. Um diese Weichenstellung geht es bei der Abstimmung zum Energiegesetz vom 21. Mai. Atomenergie ist von gestern. Die Atomnostalgiker, die sich weiter an die alternden AKWs klammern, verkennen die Fakten: Atomkraftwerke sind nicht wirtschaftlich, haben hohe Betriebsrisiken und hinterlassen kommenden Generationen mit dem Atommüll eine milliardenschwere Altlast. Und vor allem: Wir haben heute bessere Alternativen. Das haben auch die kantonalen Energiedirektoren erkannt. Sie unterstützen die Energiestrategie einstimmig.

Für Mensch und Umwelt

Die Schweiz importiert heute jährlich für über 10 Milliarden Franken Schmutzenergie aus dem Ausland. Öl, Erdgas und Uran müssen zu 100 Prozent importiert werden, teilweise aus politisch höchst fragwürdigen Staaten mit grossen Demokratie- und Menschenrechtsdefiziten. Investieren wir stattdessen in saubere Energie: Die Energiestrategie senkt den CO₂-Ausstoss, sie fördert die Energieeffizienz und die Produktion einheimischer erneuerbarer Energie. Die Auslandabhängigkeit sinkt und die Versorgungssicherheit steigt. Die Wertschöpfung bleibt im eigenen Land. Denn wenn wir die Energie aus einheimischer Solar- und Wasserkraft, Biomasse und Windkraft gewinnen, generiert das Arbeit und Arbeitsplätze für den Bau und Unterhalt dieser Anlagen. Und wenn in effizientere Geräte und besser isolierte Gebäude investiert wird, schafft das ebenfalls Arbeit und Arbeitsplätze. Von der Energiewende profitieren Mensch, Wirtschaft und Umwelt.

Atomenergie ist von gestern.

Gefährlicher Dampfkochtopf Leibstadt

Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aarau, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau, Einwohnerin und Grossrätin.



Das AKW Leibstadt ist ein Siedewasserreaktor. Brennelemente, in denen die Kernspaltung abläuft, erhitzen das Wasser im Reaktordruckbehälter zu Dampf, der schliesslich in Strom umgewandelt wird. Versagt der Kühlkreislauf, überhitzen die Brennstäbe, und es kommt im schlimmsten Fall zur Kernschmelze.

Wie die Betreiber selber zugeben, sind seit 2012 mehrere so genannte Dryouts aufgetreten. Dabei sind die Brennstäbe nicht

mehr vollständig im Wasser und oxidieren in der Folge. Wie es dazu kommen konnte, ist nach wie vor ungeklärt. Trotzdem durfte das AKW Leibstadt Ende Februar mit dem Segen des Ensi* wieder ans Netz. Die SP-Fraktion verlangt darum im Grossen Rat mit einer Interpellation volle Transparenz bezüglich der Vorfälle und keinerlei Kompromisse bei der Sicherheit.

Damit uns Leibstadt nicht irgendwann wie ein Dampfkochtopf mit Überdruck um die Ohren fliegt, sollte es so schnell wie möglich ganz vom Netz genommen werden. Die Energiestrategie 2050 ist ein erster Schritt in diese Richtung. Sie stärkt die Produktion einheimischer erneuerbarer Energie derart, dass es bald auch den letzten AKW-Befürworter_innen dämmern wird, dass AKWs überflüssig sind.

*Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat

General Electric: Blackbox für Mitarbeitende und den Staat

DER NAME WAR IM AARGAU ALLGEGENWÄRTIG: VERCHROMTE BBC-SCHILDER WURDEN VON STOLZEN MITARBEITENDEN AN LOKS UND KRAFTWERKTURBINEN GENIETET. HEUTE IST DIE PRODUKTION AUF DIVERSE FIRMENKONGLOMERATE AUFGETEILT. DAZWISCHEN LIEGEN MEHRERE UMSTRUKTURIERUNGEN AUF KOSTEN DER ANGESTELLTEN – UND STEUERDEALS AUF KOSTEN VON UNS ALLEN.



Martin Brügger von Brugg ist SP-Grossrat. Er war als Ingenieur einige Jahre bei BBC/ABB (in aller Welt) tätig.

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.



1988 entstand aus der schwedischen Asea und BBC (Brown Boveri & Cie.) die ABB (Asea Brown Boveri). Durch den Zusammenschluss der ABB Transportsystem-Firma mit der Verkehrstechniksparte von Daimler-Benz entstand Adtranz. Später wurde die Firma in DaimlerChrysler Rail Systems umbenannt und an den kanadischen Flugzeug- und Schienenkonzern Bombardier verkauft. Aus dem stolzen Kraftwerksgeschäft der BBC entstanden diverse ABB-Tochterfirmen, die teilweise an Alstom verkauft und später von Ansaldo und General Electric (GE) übernommen wurden.

Die Identifikation der Mitarbeitenden mit dem Produkt ist wohl dahin. Und viel schlimmer: Mit den Übernahmen gingen viele Arbeitsplätze im Aargau verloren. Berufsleben wurden zerstört. Leistungsträger mit Erfahrung mussten gehen, Schaumsträger wurden gleichzeitig hochgespült, die ihre Fehlentscheide nicht verantworteten, weil sie beim Scheitern bereits wieder abgesprungen waren und im nächsten Karrierejob standen.

Im Rahmen der einzelnen Schicksalsschläge floss immer wieder Geld in Millionenhöhe von Sozialversicherungen der öffentlichen Hand: Kurzarbeit wird «geleistet» und unterstützt von der Arbeitslosenversicherung, Massenentlassungen werden ausgesprochen, die Arbeitsvermittlungsstellen versuchen zu vermitteln und zu lindern und

offerieren persönlichkeitsorientierte Kurse. Gleichzeitig suggerieren solche Firmen, dass man im einheimischen Arbeitsmarkt keine geeigneten – billigen? – Fachkräfte findet.

SP Aargau stellt Fragen zum Steuerdeal von GE

Was an einem Dezembertag im Jahr 2015 geschah, wirft ein zweifelhaftes Licht auf das internationale Firmen-Imperium von GE: Wie der Tages Anzeiger am 23. Januar 2017 aufdeckte, wurde innerhalb einer Stunde eine Gesellschaft mit Sitz in Baden nach Ungarn und wieder zurück verkauft. Es flossen rund 8,1 Milliarden Euro von der Schweiz nach Ungarn.

Während in der Schweiz allfällige Gewinne zu rund 18 Prozent zu versteuern sind, wird in Ungarn aufgrund wirtschaftsfreundlicher Gesetze mit einem Gewinnsteuereffuss von rund 2 Prozent gerechnet. Wie viel Steuersubstrat damit Bund, Kanton und Gemeinde entging, wurde von GE nicht verraten – und auf Anfrage auch nicht vom Kanton Aargau. Ob das mit der Angst zu tun hat, weil GE den Abbau von 900 Stellen in der Schweiz angekündigt hat? Nur so viel: GE betonte, dass sämtliche involvierten Steuerbehörden informiert gewesen seien.

Die SP will nun vom Regierungsrat in einem Postulat wissen, wie informiert dieser wirklich war und wie regelmässig solche Steuerabsprachen mit Unternehmen vorkommen. Und vielleicht ist auch der Regierungsrat interessiert zu wissen, wie viel Geld dem Kanton durch diesen Steuerdeal verloren gegangen ist – und wie «normale» Steuerzahlende solche Deals nachvollziehen sollen ...



KOMMENTAR



Die Viererbande von Unterkulm

Im Jahr 1976 war es, als sich vier politisch Interessierte rund um den jungen Schriftsteller Klaus Merz in Unterkulm gegen die zwiespältige Bewilligung einer Pferderanch zur Wehr setzten und durch ihren Beitritt zur SP die Sektion Unterkulm wach-rüttelten. Die Viererbande von Unterkulm nannte man sie. Plötzlich nahm man die SP wieder ernst. Ein paar Jahre später wurde ein Sozialdemokrat Gemeindeammann von Unterkulm.

Im Februar 1977 trat ich – gleichentags wie unsere links.ag-Redaktorin Katharina Kerr – der SP Aarau bei. Es herrschte Aufbruchstimmung. Der Saal im Restaurant Salmen war voll. Zuweilen ging es hitzig zu und her, es wurde diskutiert und auch gestritten. Viele jüngere Genossinnen und Genossen wollten etwas bewegen, konkrete Politik machen. Sie trafen auf aufgestellte Kolleginnen und Kollegen, lernten neue Freundinnen und Freunde kennen. Ein frischer Wind blies durch die Sektion und hinaus in die Stadt.

Am 15. März 2017 erhielt ich an der Generalversammlung der SP Aarau für meine 40 Jahre als SP-Mitglied eine rote Nelke und das Buch «Der neue Klassenkampf» von Slavoj Žižek. Und wieder: Ein voller Saal, viele neue Gesichter, junge Genossinnen und Genossen. Die SP der Stadt Aarau ist attraktiv, zieht an. Über 30 (!) neue Genossinnen und Genossen in einem Jahr. Weil sie wissen: Die SP bewegt!

Die Gemeindepolitik der SP ist attraktiv. Nicht nur für Polit-Füchse und graue Panther, auch für Youngsters und Einsteiger_innen. Wo gibt's die nächste Viererbande?

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat.

KOMMENTAR



Kommunalwahlen? Wir helfen gerne.

In der Vergangenheit waren die Sektionen bei kommunalen Wahlen mehr oder weniger auf sich selber gestellt. Dies soll sich dieses Jahr ändern: Die SP Aargau will ihre Sektionen bei diesen Wahlen aktiv unterstützen. Die Sektionen können aus einer Palette von Angeboten auswählen. Das beginnt bereits am Anfang, bei der Planung des Wahlkampfes: Wir möchten uns bereits in diesem ersten Schritt zur Verfügung stellen, falls eine Sektion hier Hilfe braucht, ganz egal, ob es um die Ausarbeitung eines Wahlkampfkonzepts geht oder konkret um die grafische Umsetzung einer Idee. Wir bieten beispielsweise an, den grafischen Teil komplett zu übernehmen. Ebenfalls bieten wir den Sektionen Hilfe bei der Erarbeitung des thematischen Wahlkampfes. Ein erster Schritt war die kommunalpolitische Tagung im März, an der wir das Thema «Postschliessung» den Teilnehmenden näher gebracht haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Basiskampagne (Telefonieren), die massgeblich am Erfolg der Grossratswahlen mitverantwortlich war und die wir auch dieses Jahr anbieten. In einer Kommunalwahl, wo nur wenige Stimmen über einen Sitz entscheiden können, ist diese Stimmenmaschine ein enorm effektives Kampagnenwerkzeug. Gekoppelt wird die diesjährige Basiskampagne mit einem Neumitgliederwerbekonzept, das andere Kantone bereits sehr erfolgreich umgesetzt haben. Nebenher können die Sektionen bei uns auch SP-Give-Aways beziehen. Wer Interesse an einem Teil (oder gleich allen) Unterstützungsmöglichkeiten hat, soll sich bitte beim Sekretariat melden.

Sascha Antenen von Zofingen ist politischer Sekretär der SP Aargau und SP-Einwohnerat.

Unsere Post muss bleiben!

POSTSTELLEN WERDEN IMMER NOCH STARK FREQUENTIERT. TROTZDEM PLANT DIE POST IN DEN NÄCHSTEN DREI JAHREN 500 BIS 600 DER VERBLEIBENDEN 1400 POSTSTELLEN ZU SCHLIESSEN. BEI EINER RENTABILITÄT VON 93 PROZENT UND IM SINN DES STAATSEIGENEN POSTKONZERNS IST DIESER MASSIVE ABBAU DES SERVICE PUBLIC NICHT ZU AKZEPTIEREN.

Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin.



Die Post hat keine ebenbürtige Alternative für Poststellen. Die als gleichwertig angepriesenen Agenturen ersetzen nur einen kleinen Teil oder gar nur einzelne Dienstleistungen einer Poststelle. Zudem sind viele Angebote wie der Hausservice oder die Pickpost-Automaten bereits in der Testphase gescheitert oder sind unrentabel. Sie sind auf eine ganz bestimmte Kundengruppe zugeschnitten und nicht auf die verschiedenen Ansprüche, so diejenigen der weniger mobilen Personen oder der KMU.

Die Post hat keine ebenbürtige Alternative für Poststellen.

Angesichts der geänderten Kundenbedürfnisse ist es notwendig, die Poststellen weiterzuentwickeln und zukunftssträftig zu machen und nicht einfach ersatzlos zu streichen oder durch Agenturen zu ersetzen.

SP sagt Nein

Die SP Aargau sagt Nein zum Kahlschlag und wehrt sich in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Syndicom mit kantonsweiten Unterschriftensammlungen gegen die geplanten Abbaupläne und die intransparente und verwirrende Politik der Post.

Wir haben im Grossen Rat ein Postulat eingereicht, das den Regierungsrat auffor-

dert, sich zur Wehr zu setzen. Das Postulat wurde vom Regierungsrat entgegengenommen und bestätigt unsere Kritik. Der Regierungsrat nimmt deutlich Stellung, indem er unter anderem die einseitig betriebswirtschaftlichen Interessen der Post kritisiert und aufzeigt, dass gerade für die Entwicklung des ländlichen Raumes als attraktiver Wohn- und Arbeitsplatzstandort ein dichtes Poststellennetz von erheblicher Bedeutung ist. Zudem dürfen zahlreiche von der Post zur Diskussion gestellte Poststellen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben und der regionalen Bedürfnisse nicht aufgehoben werden. Obwohl der Kanton über kein rechtliches Mitbestimmungsrecht verfügt, nimmt der Regierungsrat eine wichtige Rolle ein. Er wird über die Gesprächsaufnahme mit den betroffenen Gemeinden informiert und kann sich zum Umsetzungsvorschlag der Post äussern. Wir erwarten, dass er das im Sinne seiner Kritik auch macht. Allerdings wurde das SP-Postulat am 21. März 2017 mit den Stimmen von FDP, SVP, GLP und EVP im Grossen Rat abgelehnt. So vertreten die «Volksvertreter_innen» das Volk.

Auch auf nationaler Ebene wird interveniert. Die nationalrätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen fordert, dass die Erreichbarkeitskriterien angepasst werden müssen. Aktuell gilt, dass es 90 Prozent der Wohnbevölkerung möglich sein muss, innerhalb von 20 Minuten zu Fuss oder mit öffentlichem Verkehr eine Poststelle oder Agentur zu erreichen. Diese Regel sei untauglich, hält die Kommission fest. Sie sage nichts aus über die Versorgungssituation einzelner Gemeinden und Regionen.

Sei es auf lokaler, kantonaler oder nationaler Ebene: die Politik muss sich einmischen. Der radikale Abbau ist keine Strategie für das Postnetz.

Unterstützt unsere Unterschriftensammlungen! Unser Sekretariat hilft gerne weiter.



PERSÖNLICHER WAHLKAMPF

Überzeugung weitergeben

MEIN PERSÖNLICHER WAHLKAMPF IST IN ERSTER LINIE EIN STRASSEN-WAHLKAMPF. SEIT 14 JAHREN GEHE ICH FÜR MICH, MEINE ANLIEGEN UND FÜR DIE ANLIEGEN DER SP BASEL-STADT AUF DIE STRASSE. ZWISCHEN WAHLEN UND ABSTIMMUNGEN MACHE ICH ALS VORSTANDSMITGLIED VERSCHIEDENER SOZIALER INSTITUTIONEN SOWIE ALS AKTIVES SP-MITGLIED AUF MICH AUFMERKSAM.

Für einen engagierten Auftritt in der Öffentlichkeit muss man von dem, was man dem Publikum vermitteln will, selber fest überzeugt sein, egal, ob man in einem Wahlkampf Flyer verteilt, zusammen mit Parteikolleg_innen vor dem Bahnhof Gipfeli offeriert, ob man im Abendverkauf vor einem Einkaufszentrum Rosen verschenkt oder ob man eine Beizentour macht.

Dabei kommt es nicht darauf an, dass man möglichst viele Menschen anspricht. Wenn man an einer Standaktion zwei Personen davon überzeugen kann, dass diese auch an die Urne gehen, weiss man, dass diese zwei Personen auch auf ihr Umfeld Einfluss nehmen werden. Alleine auf der Strasse zu stehen, ist nicht so wirkungsvoll. Eine Standaktion mit zwei oder mehr Kandidat_innen, zum Beispiel vor einem Einkaufszentrum oder als Grillparty auf einem Parkplatz, kann viel mehr Wirkung entfalten.

Leute auf der Strasse zu erreichen, ist eine der Möglichkeiten, Wahlkampf zu be-

treiben. Eine weitere ist, im persönlichen Umfeld die «eigenen» Leute zu mobilisieren. Das finde ich besonders wichtig. Dazu gehören Hausbesuche bei Bekannten, Freunden und Verwandten oder der Besuch von Familien- und Geburtstagsfesten. Wenn ich für ein Amt kandidiere, möchte ich, dass meine Umgebung so schnell wie möglich darüber informiert ist, weshalb ich im Wahlkampf kaum eine Gelegenheit auslasse, mit ihnen über politische Themen und Inhalte zu sprechen. Natürlich treffe ich auch auf Menschen, die eine andere Meinung vertreten. Doch ich scheue mich nicht, mit anders denkenden oder gar politisch

uninteressierten Menschen ins Gespräch zu kommen.

Als Kandidat mit Migrationshintergrund habe ich früh realisiert, wie wichtig bestimmte, in meinem Fall die Migrant_innen-Organisationen, sind. Ihre spezielle Struktur macht es notwendig, dass man zu Schlüsselpersonen gute Kontakte unterhält. Gleichzeitig darf man sich nicht nur kurz vor den Wahlen oder vor einer wichtigen Abstimmung zeigen, sondern sollte den Kontakt das ganze Jahr hindurch pflegen. So spüren diese Personen, dass ihre Sorgen auch unsere Sorgen sind, und dass, wenn sie als Organisation etwas bewirken wollen, sie mich als Partner wahrnehmen und auf mich zukommen können.

Mustafa Atici von Basel ist SP-Grossrat. Er stand an der kommunalpolitischen Tagung der SP Aargau vom 11. März als Referent und Workshop-Leiter zum Thema «Persönlicher Wahlkampf» zur Verfügung.



Mustafa Atici an der Kommunalpolitischen Tagung vom 11. März Foto CW

KOMMUNALPOLITISCHE TAGUNG

Telefonieren, Werben, Medienvielfalt Nutzen, Themen finden

AN DER KOMMUNALPOLITISCHEN TAGUNG VOM 11. MÄRZ 2017 WURDEN UNTER DEM TITEL «KOMMUNALWAHLEN UND MITGLIEDER GEWINNEN! WIE MACHT MAN MIT LOKALEN THEMEN WAHLKAMPF?» NEBST DEM PERSÖNLICHEN WAHLKAMPF (SIEHE TEXT VON MUSTAFA ATICI) DIESE THEMEN IN REFERATEN UND WORKSHOPS BEHANDELT:



Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Mitgliederzuwachs im Baselbiet

Im Februar 2015 flog die SP nach 90 Jahren aus der Regierung und die Politik des Kantons rückte nach rechts. Zeit für Veränderungen in der SP und Zeit für einen Mitgliederzuwachs. Mit welchen Mitteln die SP wieder zu einer Bewegungspartei wurde, zur kampagnenorientierten Oppositions-

arbeit zurückfand und nun einen stetigen Mitgliederzuwachs (aktuell: 11 Prozent) verzeichnet, zeigte Adil Koller, Präsident der SP Basellandschaft, in seinem Referat.

Postkampagne «Wir bauen das Netz der Zukunft»

Syndicom-Mann Roland Lamprecht zeigte die Kampagne der Postgewerkschaft gegen den unnötigen (die Post hat genügend Mittel und Reserven) und intransparent aufgleiteten Abbau des wichtigen Service public der Postdienste. Die SP Aargau hat zu diesem Themenschwerpunkt für die diesjährigen Kommunalwahlen eine Petitionskampagne lanciert, wie Elisabeth Burgener auf Seite 12 zeigt.

Medienarbeit

Über die Bedeutung der Medienlandschaft und der Social Media für die Kommunalpolitik hielt der Verleger, Buchhändler und Internetaktivist Andreas Von Gunten seinen Workshop. Wie nutzt man die verschiedenen Medien, welche Verbreitung haben die einzelnen Typen und welche sind bei wem angesagt? Das Motto: «Möglichst immer und über alles kommunizieren und immer eine politische Botschaft dazu.»

Finanzen

Welche Auswirkungen hat die Finanzpolitik einer Gemeinde auf das Leben ihrer Bewohnerinnen und Bewohner? Wer ist für die Bestimmung der Schulstandorte, die Sozialkosten, die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Infrastruktur und Umwelt und die Sicherheit verantwortlich? Wo liegen die politischen Mehrheiten im Aargau, was richtet die bürgerliche Finanzpolitik an und wie kann man sie durchbrechen? SP-Fraktionscopräsident und GL-Mitglied Dieter Egli wies auf die Wichtigkeit der Informationen über die Finanzpolitik im Kommunalwahlkampf hin.

Die Folien zu den Referaten und Workshops und zwei Wahlhandbücher der SP Schweiz können beim Sekretariat der SP Aargau bestellt werden.

KOMMENTAR



Kantonsfinanzen: Dialog, aber ehrlich bitte!

Neues hatte der neue Finanzdirektor Markus Dieth (CVP) bei der Vorstellung der Staatsrechnung 2016 nicht zu berichten. Aber wenigstens war er offen: Der Kanton Aargau hat faktisch ein Defizit von rund 200 Millionen Franken eingefahren. Und dieses Geld fehlt auch in Zukunft, jährlich. Jetzt wird vollends klar, wohin die vom Regierungsrat willfährig umgesetzte neoliberale Steuersenkungspolitik der bürgerlichen Mehrheit hingeführt hat. Der Kanton hat eine äusserst schlanke Verwaltung, die Kosten gehen in den meisten Verwaltungszweigen zurück, das Personal wird kurz gehalten und trotzdem «laufen wir auf dem Zahnfleisch».

Was die Bürgerlichen aber noch immer nicht über die Lippen bringen: Die Strategie, mit Steuersenkungen für die Wirtschaft und für Gutverdienende Steuersubstrat in den Kanton zu holen, ist gescheitert. Die breite Bevölkerung bezahlt mit Leistungsabbau die Steuersenkungen für Reiche.

Was tun? Weitere Kostensenkungen durch Zertrümmern von eigentlichen kantonalen Kernleistungen, zum Beispiel im Gesundheitswesen? Da macht die SP nicht mit – und die Bevölkerung auch nicht, das hat sie mehrfach in Abstimmungen bewiesen. Eine ehrliche Analyse kommt nicht darum herum, die Einnahmenseite, also die Steuern, ins Visier zu nehmen. Das heisst, die Steuern zu erhöhen, vor allem für die bisher Profitierenden.

Der Regierungsrat möchte mit den Parteien eine Lösung finden. Da sind wir dialogbereit. Voraussetzung: Man muss konsequent Ausgaben UND Einnahmen, Kosten UND Leistungen betrachten. Auch von uns nichts Neues: Wir wollen keinen Discount-Kanton, sondern einen lebenswerten Kanton, der in die Zukunft investiert!

Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Women's March, Pussy Hats und «neuer» Feminismus

GIBT ES IN DER SCHWEIZ EINE NEUE FEMINISTISCHE WELLE? DIESE FRAGE IST SPÄTESTENS SEIT DEM WOMEN'S MARCH UND DEN PUSSY HATS IN ALLER MUNDE. DIE ANTWORT DARAUF: JEIN.



Die Historikerin Natascha Wey von Zürich ist Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz. Sie wird am ausserordentlichen Parteitag der SP Aargau vom 27. September 2017 über die neue Frauenbewegung sprechen.

Am 18. März 2017 haben sich in Zürich rund 14 000 Frauen (und solidarische Männer) versammelt und bei garstigem Wetter gegen den Rechtsrutsch, gegen Sexismus und für Frauenrechte demonstriert. Es war seit langen Jahren die grösste Frauendemo in der Schweiz. Organisiert wurde sie von einzelnen Feministinnen und Aktivistinnen. Die Frage, ob wir uns mitten in einer neuen feministischen Welle befinden, ist daher berechtigt.

In den vergangenen Jahren haben aktivistische Formen wieder an Boden gewonnen. Viele junge Frauen und zunehmend auch Männer sind überzeugt, dass wir in der Geschlechterfrage nicht am Ziel sind, weil rechtliche Gleichheit nicht zwingend gelebte Gleichstellung heisst. Wir erleben dies täglich. Uns allen begegnen gesellschaftliche Erwartungen, wie ein «richtiger» Mann oder eine «richtige» Frau zu sein hat. Diese Zwänge gehen einher mit einer ungleichen Verteilung von Macht. Dagegen wenden sich wieder vermehrt jüngere Aktivistinnen.

Nicht neu, aber wieder aktiv

Die feministische Kritik an Sexismus und Patriarchat ist nicht neu, jedoch hat sich der Ort des feministischen Wirkens verlagert. Vieles wird heute im Internet, auf Blogs, auf Twitter und anderen Social Media-Kanälen angestossen. Vor allem in den USA und in England, aber auch

in Deutschland und zunehmend auch in der Schweiz sind unzählige neue feministische Gruppen entstanden, die sich vernetzen, kritisieren, Demos organisieren und Forderungen schreiben. Feministinnen wie Laurie Penny in England, Jessica Valenti in den USA oder Anne Wizorek in Deutschland verschaffen sich Gehör und sind wahrnehmbar in den Medien. Sie sind international vernetzt, sehr agil auf Social Media und haben Debatten verändert.

Dabei fällt auf, dass die feministischen Forderungen theoretisch an die 70er-Jahre anknüpfen. Sie sind wieder systemkritischer, machtkritisch und kollektivistischer: Nachdem lange Jahre Quotenforderungen und Lohngleichheit im Zentrum standen, kommen nun vermehrt Fragen von Care-Arbeit, von Frauen geleisteter unsichtbarer Arbeit und Familienarbeit in den Blick. Der Verteilungskampf um Geld hat sich ausgeweitet und ist mittlerweile auch ein Kampf um Zeit. Das Fazit dabei lautet: Unter den Bedingungen des neoliberalen Wirtschaftssystems ist eine geschlechtergerechte Gesellschaft nicht möglich. Hingegen wäre dieses Wirtschaftssystem, ohne die viele, meist von Frauen geleistete Gratis-Arbeit nicht möglich.

Die Aktivistinnen denken heute meist intersektional: Sie beziehen mehrere Diskriminierungsformen und unterschiedliche Erfahrungshorizonte in ihre Forderungen mit ein und gehen davon aus, dass nicht jede Frau in der gleichen Art diskriminiert wird, sondern Herkunft, Alter, Religion, Hautfarbe und anderes eine Rolle spielen. Eine Migrantin, die zu einem Tieflohn putzt, wird sich kaum je die Frage stellen können, ob sie ein Verwaltungsratsmandat annehmen soll. Also ist für sie die Quotenforderung nicht wichtig.

Somit ist vieles, was heute von Feministinnen wieder gefordert ist, nicht neu, aber auf jeden Fall wieder sichtbar. Damit wir aber in der Geschlechtergerechtigkeit endlich mit grossen Schritten weiter kommen, ist dieser verstärkte Aktivismus dringend nötig!



Abigail Gray Swartz, The New Yorker, 6. Febr. 2017

TAG DER ARBEIT 2017 – 1. MAI-FEIERN IM KANTON AARGAU

Zukunft für alle. Sozialer. Gerechter.

Ort	Zeiten	Ansprachen		Rahmenprogramm
Aarau Markthalle (Zwischen den Toren)	16.55 Uhr Umzug ab Bahnhofplatz beim Bushof (Besammlung 16.30 Uhr) ab 17.30 Uhr Ansprachen bei der Markthalle	Daniel Siegenthaler , Stadtpräsidiumskandidat / Einwohnerrat, SP Aarau Irène Kälin , Präsidentin ArbeitAargau, Grossrätin Grüne, Lenzburg Leona Klopfenstein , Ein- wohnerrätin SP, VPOD, Aarau	Moderation: Silvia Dell'Aquila , Regionalleiterin VPOD Aargau, Aarau	ab 16 Uhr, Markthalle – Festwirtschaft – Info- und Marktstände – Poetry Slam mit Etrit Hasler – Musik mit Sugar and the Josephines (Swing und Songs)
Baden Bahnhofplatz, Baden (Bezirke Baden und Zurzach)	Ab 12 Uhr Festbeginn Bahnhofplatz 14 Uhr Umzug durch die Badener Innenstadt 13/13.30/15.30/16 Uhr Ansprachen	13 Uhr Paul Rechsteiner , Präsident SGB, Ständerat, St. Gallen 13.30 Uhr Tamara Funicello , Präsidentin JUSO Schweiz 15.30 Uhr Irène Kälin , Präsidentin ArbeitAargau, Grossrätin Grüne, Lenzburg 16 Uhr Amina Abdulkadir , Wortklangkünstlerin	Begrüssung: Florian Vock , Präsident Komitee 1. Mai Baden Moderation: Karin Bächli , Vizepräsidentin Einwohnerrat Baden	12–19 Uhr, Bahnhofplatz – Festwirtschaft 12.30/15/16.30 Uhr: Claudio Eckmann (Akkordeon) & Katharine Rüegg (Violine)
Lenzburg Metzplatz	16 Uhr Festbeginn auf dem Metzplatz 17/17.30/18 Uhr Ansprachen ca. 20 Uhr Festende	17 Uhr Corinne Schärer , Gleich- stellungsbeauftragte GL Unia Schweiz, Bern 17.30 Uhr Aurel Gautschi , Juso Aargau, Lenzburg 18 Uhr Gabriela Suter , Grossrätin SP, Aarau	Moderation: Daniela Neves , Unia Aargau	16 – 20 Uhr – Grill – Kaffee und Kuchen – Infostände Musikalische Begleitung durch Strello (Gipsy / Strassenmusik)
Zofingen Markthalle	ab 16 Uhr Maifeier in der Markthalle 17.15/17.30/17.45 Uhr: Ansprachen	Florian Vock , Vize-Präsident AGB, Baden Yvonne Feri , Nationalrätin SP, Wettingen Rahela Syed , Grossrätin, Stadträtin SP, Zofingen	Moderation: Viviane Hösli , Geschäfts- führerin ArbeitAargau, Grossrätin SP, Zofingen	– Musik mit The Klezmorim Quartet – ab 16 Uhr: Risotto und Feines vom Grill von der SP Oftringen – Infostände
Brugg Odeon Brugg	16.30 Uhr Festbeginn, Apéro 17.30 Uhr Begrüssung / Ansprachen	Urs Hofmann , Regierungsrat SP, Aarau Dieter Egli , Co-Präsident SP-Grossratsfraktion, Windisch	Begrüssung/ Moderation: Andrea Metzler , Stadträtin SP, Brugg	16.30 Uhr – Apéro 18.10 Uhr Film «Der junge Karl Marx» (Vorpremiere)
Rheinfelden Schiffplände und Im Rumpel (Bezirke Laufenburg und Rheinfelden)	Ab 11.30 Uhr Clublokal Colonia Libera Im Rumpel, Rheinfelden 12.45 Uhr Demo-Marsch zur Schiffplände, Treffen mit deutschen Kol- leg_innen Apéro an der Schiffplände ab 15.15 Uhr Ansprachen im Rumpel ca. 20 Uhr Festende	15 Uhr, Festplatz im Rumpel: Paul Rechsteiner , Präsident SGB, Ständerat SP, St. Gallen Peter Koller , Grossrat, Stadt- ratskandidat, SP Rheinfelden Paola Gallo , Geschäftsleiterin Verein Surprise, SP, Colonia Libera, Basel	13 Uhr, Schiffplände: Brigitte Rüedin , Vizeamann Stadt Rheinfelden Katrin Distler , DGB, Präsi- dentin IGR (Interregionaler Gewerkschaftsrat) Moderation: Elisabeth Burgener , Gross- rätin SP, Co-Präsidentin SP Aargau Claudia Rohrer , Grossrätin, Präsidentin SP Rheinfelden	ab 11.30 Uhr – Festbetrieb im Rumpel – Enzos Spaghetti – Unterhaltung mit Donato
Bezirk Kulm Sonntag, 30. April Reinach Waldhütte	ab 16 Uhr Waldhütte Stierenberg, Reinach ab 16.30 Uhr Ansprachen	Florian Vock , Vize-Präsident AGB, Baden Alfred Merz , Grossrat, Vize- amann SP, Menziken	Moderation: Roman Merz , Präsident SP Bezirk Kulm, Kulm	ab 16 Uhr: – selbst gebräutes Bier – Currywürste / Salate – Kaffee und Kuchen Musikalische Unterhaltung mit Blues-Tinu's Triple Trouble
Wohlen Kulturbeiz Chappellehof (Bezirke Bremgarten und Muri)	17.30 Uhr Beginn Maifeier ab 18.15 Uhr: Ansprachen	18.15 Uhr Arsène Perroud , Grossrat, Gemeinderat SP, Wohlen Roland Lamprecht , Zentral- sekretär Logistik Syndicom, Allschwil	Begrüssung: Cyrille Meier , Präsident Einwohnerratsfraktion SP Wohlen	ab 17.30 Uhr – Kulinarisches aus der Kulturbeiz- küche – Musik: Patrick Grob

Liebe Michèle



Wegen des personellen Ausfalls in unserem Sekretariat im letzten Sommer schrieben wir eine zeitlich begrenzte Administrativstelle aus, und die Wahl fiel auf dich.

Das war eine sehr gute Entscheidung. Du hast dich als Nicht-aargauerin und mit wenig politischer Erfahrung im Nu im hektischen Betrieb unseres Parteisekretariats zurecht gefunden und Sascha, Regula, und uns, das Präsidium, sehr unterstützt. Du hast im letztjährigen strengen Wahljahr mehrere «Feuerwehrrübungen» mitgetragen. Auf dich konnten wir zählen.

Zusätzlich hast du das Fraktionssekretariat in der strengsten Zeit, der Budgetdebatte, übernommen. Du hast auch das sehr

gut gemacht, mit der nötigen Sorgfalt und Gründlichkeit.

Und das Wichtigste überhaupt: Du hast mit deiner Person sehr zu einer aufgestellten und lockeren Stimmung beigetragen. Im Sekretariat wurde in den letzten Monaten viel gelacht.

Leider müssen wir dich Ende Februar ziehen lassen, da die Stelle befristet ist.

Danke vielmals, Michèle, für deine grosse Unterstützung, und alles Gute!

Elisabeth Burgener und Cédric Wermuth

DEBATTENABEND DER SP AARGAU ZUR ALTERSVORSORGE 2020 UND ZU DEN POSTSCHLIESSUNGEN

Richtungsweisender Kompromiss oder unhaltbarer Sozialabbau?

Bis zum 29. April 2017 können Mitglieder der SP Schweiz in einer Urabstimmung die Haltung der SP Schweiz zur grössten Reform der Altersvorsorge seit über 10 Jahren bestimmen. Die Reform stösst in der Linken auf Zustimmung wie auch auf Ablehnung. Deshalb führt die SP Aargau am 25. April 2017 einen Debattenabend zum Thema durch.

Es diskutieren ab 19 Uhr: Yvonne Feri (Nationalrätin, pro) und Franz Dominik Imhof (Co-Präsident SP Biel, Gewerkschaftssekretär, contra). Wie immer bei den Debattenabenden wird das Publikum in die Diskussion einbezogen. Im Vorfeld findet um 18 Uhr eine Infoveranstaltung zum Thema Postschliessungen und was man als Sektion dagegen tun kann mit Roland Lamprecht (Syndicom) statt.

Beide Veranstaltungen finden im Volkshaus in Aarau (Bachstrasse 43) statt. Wir sind organisatorischen Gründen dankbar um eine Anmeldung an sekretariat@sp-aargau.ch. Natürlich sind auch spontan Entschlossene willkommen.

AGENDA

18. April, 9. und 30. Mai, 6. und 20. Juni, 4. Juli 2017, 18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau

27. April 2017, 19.30 Uhr, Rathaussaal Brugg

Jahresversammlung KAIB (Kein Atommüll im Bözberg).

Ab 20.15 Uhr Referat von Geologieprofessor Walter Wildi zur Atommüllproblematik

29. April 2017, 10 Uhr im Schulhaus Storebode, Sportplatzweg 8, in 4313 Möhlin

Ordentlicher Parteitag der SP Aargau

13. Juni, 15. August 2017, 19.30 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

17. Juni 2017

Flüchtlingstag

18. Juni 2017, 10 Uhr im Landesmuseum Zürich, 11.15 Uhr Apéro mit Markus Notter, Präsident Landesmuseum

SP Stadt Zürich und SP Aargau:

Besuch im Landesmuseum: Die russische Revolution und die Schweiz.

Anmeldungen bitte bis 1. Juni beim SP AG-Sekretariat

20. Juni 2017

Filmabend der SP Frauen Aargau

28. Juni 2017

ao. Parteitag

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau, Telefon 062 834 94 74

Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch,
www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr

Auflage links.ag 3255
Redaktion: Katharina Kerr,
katkerr@katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe:

27. März 2017

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:

19. Juni 2017

Erscheinen nächste Ausgabe:

6. Juli 2017

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Mustafa Atici, Martin Brügger, Elisabeth Burgener Brogli, Max Chopard-Acklin, Dieter Egli, Urs Hofmann, Katharina Kerr, Jürg Knuchel, Renato Mazzocco (Veranstaltungen 1. Mai), Gabriela Suter, Cédric Wermuth, Natascha Wey

AARGAUER SUPPE



Max Chopard-Acklin & Anna Andermatt

berichten aus dem Grossen Rat

8. Mai 2017, 19.30 – 21 Uhr

ZAARAD, Landstrasse 178

5415 Nussbaumen



Mit offerierter Suppe.



ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN VOM 20. MAI 2017 PAROLEN DER SP AARGAU

BUND

■ Energiegesetz (Energiestrategie 2050):

JA

KANTON

■ Aargauische Volksinitiative

«Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle»:

JA